

„Der Westen hat keine Strategie im Umgang mit Russland“

Notiz zum Interview Radio SRF mit Wl. Inozemtsew am 27.10.16

Die EU hat sich vergangene Woche nicht auf neue Sanktionen gegen Russland einigen können. In ihrer Abschlusserklärung steht aber, bei Fortsetzung der Gräueltaten in Syrien ziehe man alle verfügbaren Optionen in Betracht.

Der russische Ökonom Wladislaw Inozemtsew befasst sich intensiv mit dem Thema Wirtschaft und Sanktionen und erklärte im SRF Interview mit Samuel Wyss warum die bisherigen Sanktionen keine Wirkung haben und neue verhängt werden müssten, um eine Politikänderung herbeizuführen.

Die bisherigen Sanktionen richten sich nur gegen Unternehmen und Banken, treffen sie aber nicht, weil immer noch genug Geld vorhanden ist, es fehlen interessante Projekte und Investitionsmöglichkeiten. Die Probleme der russischen Wirtschaft haben folgende Ursachen: 1. Den zu tiefen Preis für die Hauptexportartikel Öl und Gas, und 2. den v.a. unter Putin steigenden Einfluss des Staates in der Wirtschaft. Unter Medwedew lag das Wirtschaftswachstum bis 2012 bei 5 % und der Ölpreis war bei 100 \$ pro Barrel.

Die entscheidende Frage ist, was will Europa bzw. der Westen erreichen? Für eine Kursänderung der russischen Politik wären schärfere Sanktionen erforderlich, ähnlich jenen, welche erfolgreich gegen den Iran angewandt wurden. Konkret heisst das, dass der Westen müsste:

1. Export vom russischen Gas und Erdöl verbieten, 2. die russischen Vermögen im Westen einfrieren und 3. das Auslandsgeschäft und den Zahlungsverkehr russischer Banken erschweren.

Diese Sanktionen würden v.a. die vermögende russische Elite und die Bürokratie treffen, welche den Staat zunehmend als Selbstbedienungsladen betrachten. Sie würden als Folge davon erheblichen Druck auf Putin ausüben, seine Politik zu ändern. Die russische Bevölkerung hat in der jetzigen Krise wenig Geld und kann sich kaum ausländische Waren aus dem Westen oder China leisten. Politisch stürzen wollen sie Putin aber nicht, weil sie eine Rückkehr zur Breschnew-Zeit nicht wünschen.

Der russischen Regierung ist die Wirksamkeit der verschärften Sanktionen bewusst und sie hat schon vorgängig erklärt, sie würde deren Verhängung als einen 'Aggressionsakt' ansehen. Eine militärische Auseinandersetzung mit dem Westen würde aber Russland nach Inozemtsew nicht riskieren, eher seine Politik anpassen. Umgekehrt würde eine Aufhebung der bisherigen Sanktionen die russische Führung in der Richtigkeit des eingeschlagenen Kurses bestätigen.

Das Hauptproblem ist gemäss Inozemtsew die fehlende Strategie des Westens gegenüber Russland: Der Westen reagiert nur auf russische Politik und die russ. Kreml-Führung beindrucken die unwirksamen Sanktionen kaum.

Wladislaw Inozemtsew ist Direktor des Zentrums für Studien über Postindustrielle Gesellschaft in Moskau, er war Berater von Präsident Medwedew und von Atlantic Council. Das Interview führte Samuel Wyss vom Radio SRF am 27. Okt. 2016.
Zusammenfassung GV.